

PRESSEMITTEILUNG #212 – 08. Oktober 2019

Martin Habersaat:

„100 Prozent Unterrichtsversorgung“ sind nicht die ganze Wahrheit

Anlässlich des Jahresberichts der Landesregierung zur Unterrichtssituation an den Schulen in Schleswig-Holstein (Drucksache 19/1727) erklärt der stv. Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

„Die Landesregierung hat den Kurs der Vorgängerregierung fortgesetzt, trotz zurückgehender Schülerzahlen zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen und nicht abzubauen, wie es das Land einst dem Stabilitätsrat zugesagt hatte. Das ist gut. Bei der Unterrichtsversorgung geht es voran, das ist auch gut.

Allerdings erzählt der Grad der Unterrichtsversorgung nur die halbe Geschichte. Er sagt aus, in welchem Verhältnis die Aufgaben der Schulen (Stundentafeln, Leitungsstunden, etc.) und die zur Verfügung gestellten Stellen zueinander stehen. Er sagt aber nichts darüber, ob und wie diese Stellen besetzt sind. Deutlich formuliert: Auch eine unbesetzte Stelle trägt bei dieser Darstellung zu einer 100%-igen Unterrichtsversorgung bei, dasselbe gilt für Stellen, die mit nicht oder nicht fertig ausgebildeten Lehrkräften besetzt sind. An den Grundschulen des Landes unterrichteten im Schuljahr 2018/19 fast 10 Prozent der Lehrkräfte ohne abgeschlossene Lehramtsausbildung – im Durchschnitt, an einzelnen Schulen also deutlich mehr. Ohne diese Kräfte geht inzwischen gar nichts mehr an unseren Schulen. Wir sind ihnen dankbar für ihre Arbeit, trotzdem müssen wir hier hinsehen und Unterstützung organisieren. Auf Antrag der SPD hat der Bildungsausschuss deshalb 2018 beschlossen (Drucksache 19/502 – neu), dass ab dem Bericht zur Unterrichtssituation für das Schuljahr 2018/19 Darstellungen über die Art der Stellenbesetzung und Erläuterungen zum Begriff der Unterrichtsversorgung ergänzt werden müssen.

Über die Frage, wie viel Unterricht tatsächlich stattfindet, sagt der Grad der Unterrichtsversorgung nichts aus. Auch hier muss genauer hingesehen werden, weshalb das System zur Unterrichtserfassung 2014 reformiert wurde: Nach dem Bericht ist der Unterrichtsausfall an den allgemeinbildenden Schulen leicht gesunken (ersatzloser Ausfall von 2,1 Prozent auf 2,0 Prozent, vertretener Unterricht von 7,8 Prozent auf 7,6 Prozent). Ein Alarmsignal ist, das trotz besserer Stellenausstattung die zur Vertretung anfallenden Unterrichtsstunden an den Grundschulen und an den Förderzentren gestiegen sind (von 8,1 Prozent auf 8,2 Prozent, bzw. von 9 Prozent auf 9,1 Prozent). Das kann mit den oben beschriebenen Umständen zu tun haben.

Angestiegen ist der Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen (ersatzloser Ausfall von 2,6 Prozent auf 2,7 Prozent, vertretener Unterricht sogar von 4,8 Prozent auf 5,3 Prozent). Ein Grund dafür ist, dass der Grad der Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen nur bei 94 Prozent liegt. Zu wenig Stellen, steigender Unterrichtsausfall, seit dem Koalitionsvertrag 2017 Verschiebemasse zwischen dem Bildungs- und dem Wirtschaftsministerium: die berufsbildenden Schulen haben bei Jamaika keinen guten Stand.“